

**12. April 1848** Vor 175 Jahren Republikanischer Aufstand in Baden. Franz Karl Hecker rief in Konstanz die Republik aus.

**19. April 1958** Vor 65 Jahren fanden in einigen Großstädten der BRD Massenkundgebungen gegen die Atomrüstung statt.

**15. April 2023** Die letzten Atomkraftwerke in der BRD werden abgeschaltet.

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

4. Ausgabe / 33. Jahrgang

Für Halle (Saale)

18. April 2023

## Inflation: LINKE fordert Preisdeckel für Lebensmittel

**Zu der Meldung des Statistischen Bundesamtes, wonach sich die Inflation in Deutschland leicht abgeschwächt hat, meint Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE:**

Für Jubelmeldungen ist es zu früh, denn die Inflation geht nicht überall zurück. Lebensmittel verteuern sich immer weiter und legen im Vergleich zum Vorjahresmonat um mehr als 22 Prozent zu! Besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen ist das eine Katastrophe. Schon jetzt sind 2 Millionen Menschen von Lebensmittelpenden durch Tafeln abhängig. Und mehr als 12 Millionen Menschen fehlte schon vor der jüngsten Preisexplosion das Geld, um sich dauerhaft gesund und vollwertig zu ernähren.

Deshalb muss die Bundesregierung jetzt reagieren. Wir brauchen einen Preisdeckel für die wichtigsten Lebensmittel. Denn die Teuerung ist kein Naturereignis, dem wir hilflos ausgeliefert sind. Die Preise wer-

den gemacht - und zwar von den Supermärkten und Discountern. Wenn die Konzerne ihre Preiserhöhungen mit gestiegenen Energiekosten rechtfertigen, ist das nur die halbe Wahrheit. Aldi, Lidl und Co. sind Trittbrettfahrer und nutzen die allgemeine Inflation, um ihre Profite zu erhöhen. Deshalb brauchen wir jetzt einen Preisdeckel für die wichtigsten Lebensmittel, der Erzeugern faire Preise garantiert, aber die Gewinne der Konzerne in Grenzen hält. Außerdem lohnt ein Blick nach Portugal, wo die Regierung die Mehrwertsteuer auf die wichtigsten Lebensmittel gestrichen hat. Mehr Portugal wagen, kann ich da nur sagen. Auch hier muss die Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel weg.



## Fraktion DIE LINKE:

# Versagen von Unterer Waffenbehörde und Polizei vor dem Femizid in Bad Lauchstädt größer als bisher bekannt

Am 13.04. wurde ein weiteres Mal das Femizid in Bad Lauchstädt im Innenausschuss des Landtags behandelt. Dazu betonten Eva von Angern und Henriette Quade für die Fraktion DIE LINKE:

„Die Debatte im Innenausschuss hat mehr als deutlich gemacht, dass das Femizid, die Ermordung einer Frau durch ihren Mann, von Bad Lauchstädt hätte verhindert werden können, wenn die Behörden nicht versagt hätten. Sowohl die Polizei des Saalekreises als auch die Untere Waffenbehörde haben zahlreiche Fehler im Umgang mit dem polizeibekanntem Täter begangen, der mehrere Waffen führte. Heute wurde öffentlich, dass bereits im Jahr 2020 der Täter der Polizei durch eine Körperverletzung bekannt wurde. Im August 2022 bedrohte der Täter eine Mitarbeiterin einer medizinischen Einrichtung, in der sich die Ehefrau damals befand. Beide Vorfälle wurden der Unteren Waffenbehörde erst am 13. Februar 2023 zur Kenntnis gegeben. Parallel dazu fand im Juli 2020 die letzte Kontrolle des Täters und seines Waffenbesitzes durch die Behörden statt.

Am 1. Februar 2023 griff der Täter schließlich die Frau an und wollte sie in ihr Auto ziehen. Auch hier wurde, obwohl die Polizei nach diesem Übergriff alarmiert wurde, keine Gefährderansprache durch die Polizei vorgenommen.

Auch die Übergabe des Falls an die Kriminalpolizei führte nicht dazu, dass in irgendeiner Form polizeiliche Ermittlungen gegen den Täter aufgenommen wurden. Zwischen dem Übergriff auf die Frau am 1. Februar 2023 und dem Femizid am 8. März 2023 funktionierten gesetzlich vorgeschriebene Opferschutz- und Gewaltpräventionsmaßnahmen der Polizei nur mangelhaft.

Es gab kein Hinzuziehen der Opferschutzstelle der Polizei Saalekreis sowie keine Gefährderansprache des Waffenbesitzers, der später seine Frau tötete. Die Polizei hätte proaktive Opferschutzmaßnahmen vornehmen müssen. Das ist ein dramatisches Behördenversagen, dessen Ausmaß größer ist als bisher bekannt. DIE LINKE fordert eine schnelle Umsetzung des von der Innenministerin angekündigten, flächendeckenden Hochrisikomanagements sowie operativen Opferschutzes. Es braucht dringend mehr Personal in den Interventionsstellen und Frauenschutzhäusern, um das geplante Hochrisikomanagement und den operativen Opferschutz tatsächlich realisieren zu können.“

## 1. Mai - Tag der Arbeit

**Zeit: 10 Uhr  
(ab 15 Uhr Demonstration)**

**Ort:  
Marktplatz  
Halle**



**Jaroslav Iwaszkiewicz**

Der Friede auf Erden

Nicht einer Taube gleich wird sanft er niedersteigen,  
noch kommen über uns wie eine Jahreszeit,  
noch sich entflammen wie ein Blitz -  
Der Friede auf Erden.

Noch unverhofft erblühen aus einer Garbe Blumen,  
noch im Gewitterstrahl, noch in der weißen Wolke  
wird sinken auf uns, regenbogenblau  
Der Friede auf Erden.

Durch unsern Willen nur wird er der Welt gegeben,  
aus unserem Herzen sprudelnd wie das Blut,  
aus unserem Kampfe sich gebärend -  
Der Friede auf Erden.

Entbrennen wird er, Flamme schweren Müh'ns,  
aus offener Hand, gemeinschaftlichem Schreiten,  
aus aller Menschen erdenweitem Ruf:  
Daß Friede sei!

**Lothar Waide**

Klage und Weg

Was des Menschen Hände  
einst mühevoll erschaffen,  
zerstören - völlig sinnlos -  
Putins Waffen.

Welch kranker Geist  
nistet nur in diesem Hirn?

Was es auch sei,  
Vernunft biete ihm  
die offene Stirn!



**24. April 2023 - Ein Krieg, der keiner sein soll**

**Zeit: 16:30 - 18:30 Uhr**

Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e. V., Gustav-Bachmann-Str. 33, 06130 Halle / Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt

**Russlands Überfall auf die Ukraine aus Sicht unmittelbarer Nachbarn  
mit dem Autor Dr. Holger Politt, RLS**

Seit nunmehr einem Jahr tobt im Osten Europas ein Krieg, der den gesamten Kontinent erschüttert. Jüngst ist im Hamburger Verlag VSA das Buch „Ein Krieg, der keiner sein sollte“ der beiden Autoren Krzysztof Pilawski und Holger Politt erschienen. In ihm setzen sich die Autoren mit Zusammenhängen auseinander, wie sie aus der Sicht unmittelbarer Nachbarländer Russlands und der Ukraine schärfer als anderswo in den Blickpunkt gelangen. Sie begreifen das Buch zudem als eine Bereicherung für die friedenspolitische Diskussion in Deutschland, denn ohne Zweifel ist Putins Entscheidung, das Nachbarland im Februar 2022 militärisch zu überfallen und mit einem schrecklichen Krieg zu überziehen, ein untrüglicher Beweis für das Scheitern der Moskauer Ukrainepolitik. In besonderer Weise geht Holger Politt in einem Vortrag auf eine historische Grenze im Osten Europas ein, die von Putin stillschweigend vorausgesetzt wird, die im Westen Europas aber nicht immer in ihrer komplexen Bedeutung wahrgenommen wird.

Quelle. VSA-Verlag: [www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/ein-krieg-der-keiner-sein-sollte/](http://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/ein-krieg-der-keiner-sein-sollte/)

**Linkes Blatt**

**Impressum:**

DIELINKE Halle, Stadtvorstand  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare  
**Spende erbeten**  
Endredaktion dieser Ausgabe:  
13.04.2023  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 04.05.2023

## Basisgruppe Heide-Nord ehrt die Märzgefallenen

Seit Jahren pflegen Mitglieder der Basisgruppe Heide-Nord den Gedenkstein für die Märzgefallenen Karl Bayer und Otto Schmeil an der Nordstraße zwischen Heide-Nord und Lettin. Auch in diesem Jahr versammelten sich Mitglieder der Basisgruppe, um die beiden Kämpfer zu ehren. Dafür wurden vorher die Anlage um den Gedenkstein wieder in Ordnung gebracht und Blumenschalen bepflanzt. Zur Ehrung trug unser Mitglied Lothar Waide zwei Gedichte sowie Ines Budnik ein Gedicht vor. Der Gedenkstein ist nun an der stark befahrenen Straße wieder gut sichtbar und für viele Passanten im wahrsten Sinne des Wortes ein „Denk mal“.

Ines Budnik



## Am Sender in Gliwice

Meinen Enkeln wollt ich nicht verschweigen  
was mich -als Kind - einst hat zutiefst bewegt.  
Ich musste ihnen jenen Sender zeigen,  
der damals hat die halbe Welt erregt.

Nun standen wir an dieser Stelle.  
Erzählend machte ihnen ich bewusst:  
Der Sender ward missbraucht als Unheilquelle  
neununddreißig im August.

In des Monats letzten Tagen  
war die Stadt 'nem Truppenschauplatz gleich.  
„Woher kommt ihr?“, hörte man oft fragen.  
„Von da, von dort, aus dem Großen Deutschen  
Reich“.

Und direkt am Monatsende  
gingen ostwärts weit und breit  
in Stellung schnelle Kampfverbände  
und war'n zum Sturmangriff sofort bereit.

So etwa um die Mittagsstunden  
war die Grenze zugeriegelt,  
der Sender rundum abgebunden  
im wahrsten Sinne eingegelt.

Immer noch marschierten Regimenter  
durch die Stadt zur Grenze hin -

nahe dem Flugplatz, nahe dem Sender -  
und jeder ahnte schon den Kriegsbeginn.

Plötzlich schrillten aus dem Radio  
Musik, Schüsse, Kriegsgeschrei,  
dazwischen eine kurze Meldung  
dass Gleiwitz in der Hand der Polen sei.

Dann in den Nachrichten um zwanzig Uhr  
hört allerorts man diese Kunde schallen;  
die Polen hätten - aber wie denn nur??? -  
den Sender Gleiwitz überfallen.

Nachdem der Anlass inszeniert  
wurde am frühen Morgen darauf  
als „Vergeltung“ nach Polen marschiert.  
Der Völkermord nahm seinen Lauf.

Als den Bericht ich abgeschlossen,  
schaute mich die Enkel fragen an.  
Einer blickte ganz verdrossen  
und sagte dann:

„So wird es heute noch gemacht.  
Da wird ein neuer Krieg entfacht,  
immer sind die Andern schuld -  
und das Volk trägt's mit Geduld!“.

Georg Budnik



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat April Geburtstag haben.

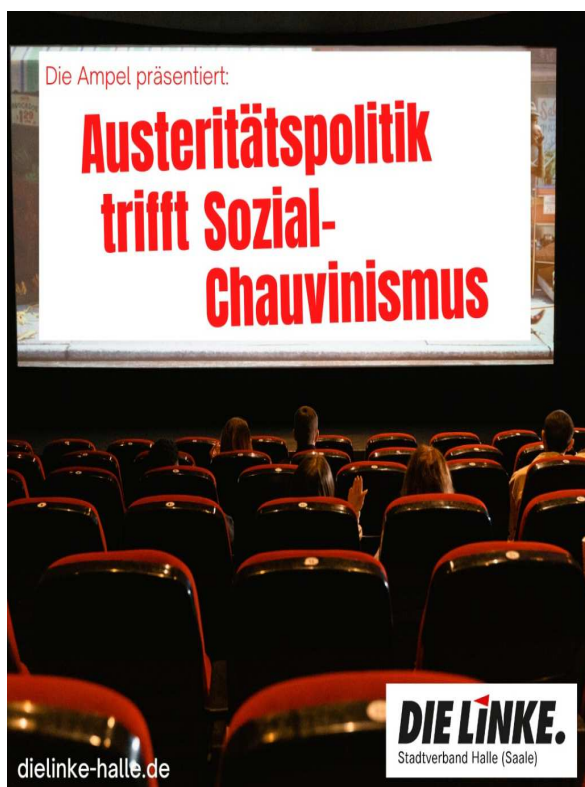


## 22. April 2023 - Auf den Spuren der mitteldeutschen Märzkämpfe 1921

Fahrradtour von Halle in Richtung Leuna  
mit Bernd Langer (Berlin) und Lukas Holfeld (Leipzig)

Im März 1921 kam es im mitteldeutschen Gebiet zu einem Aufstand, der von Gruppierungen aus dem kommunistischen Spektrum getragen wurde. Ausschlaggebend dafür waren mehrere Faktoren: Die allgemeine Notlage nach dem Krieg; sich verschärfende Klassengegensätze, eine regional starke Arbeiterbewegung und immer wieder aufflammende Streiks; ein groß angelegter Polizeieinsatz zur Befriedung einer sozialen Konfliktlage; eine KPD, die auf ihren Offensivkurs zusteuerte; eine links-kommunistische KAPD, die auf revolutionären Aktionismus setzte; Max Hölz und Karl Plättner, die als soziale Rebellen die Gegend unsicher machten. Doch der Aufstand mündete in eine große Niederlage. Diese Kämpfe und insbesondere die Auseinandersetzungen um das Leuna-Werk bei Halle haben kaum sichtbare Spuren hinterlassen. Doch es gibt einige Gedenksteine für die Gefallenen von 1921, die jedoch oft versteckt und vergessen sind. Wir wollen euch auf eine Fahrradtour einladen, auf der wir einerseits Gedenkorte aufsuchen, in der wir andererseits in die Geschichte der Märzkämpfe von 1921 einführen wollen.

Wir bitten um Voranmeldung per Email: [anmeldung@rosaluxsa.de](mailto:anmeldung@rosaluxsa.de). Genauer Treffpunkt und Ablauf werden dann zugesandt.



Der neue Streit um die Kindergrundsicherung ist großes Kino, aber leider mit verheerenden Folgen. Das FDP-Finanzministerium unter Lindner behauptet plötzlich, es ist kein Geld für die eigentlich schon vereinbarte Grundsicherung da. Tja, der Koalitionsvertrag steht unter Austeritätsvorbehalt, der in dieser Ampel auch dann gilt, wenn es Milliarden Steuermehreinnahmen gibt und man eigentlich gar nicht weiß, wo das Geld hin soll. Dazu kommt in der Argumentation von Lindner aber auch ein gehöriges Maß an Sozial-Chauvinismus, also die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation. So erklärt er, dass es zwar eh kein Geld gäbe, aber mehr Geld ja ohnehin nicht helfe - in armen Familien solle halt mal gearbeitet und Deutsch gelernt werden. Damit wird den Armen wieder die ganze Verantwortung für ihre Situation zugeschoben und absichtlich ignoriert, dass der Kapitalismus Armut produziert. Wer dagegen etwas tun will, muss es beschließen - irgendwelche Hinweise auf die Eltern bringen überhaupt nichts!

## 25. April 2023 - Lesung aus der Neuauflage „Die Geschwister“

Zeit: 19:30 Uhr

Ort: Stadtbibliothek Halle, Salzgrafenstraße 2, 06108 Halle

Lesung anlässlich des Brigitte-Reimann-Jubiläumsjahres  
aus der Neuauflage „Die Geschwister“  
mit der Schauspielerein Elisa Ueberschär

Eintrittsfrei!

Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt in Kooperation mit der Stadtbibliothek Halle und dem Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt

Die große Neuausgabe eines der meistdiskutierten Bücher der DDR-Literatur.  
Das Sensationsbuch erstmals so, wie die Autorin es schrieb.

Dank eines Glücksfundes können wir diesen Roman, der aufgrund seiner verblüffenden Modernität derzeit international für Begeisterung sorgt, in einer ungekürzten, politisch ungeschönten Fassung auch hier neu entdecken.

Ostern 1961 erfährt Elisabeth, dass ihr über alles geliebter Bruder in den Westen gehen will, weil er in der DDR keine Zukunft sieht. Was wird bleiben von ihrer Gemeinsamkeit, wenn jeder seinen Idealen folgt? Wenige Tage hat sie noch Zeit, mit Uli zu reden.

Die freierzigere und mutigere, zugleich reifere und klarsichtigere Neuausgabe steht symbolhaft für das viel zu kurze Leben dieser faszinierenden Schriftstellerin, die sich selbst stets treu blieb.

Quelle: Aufbau-Verlag

## Rezension

**Landolf Scherzer: Leben im Schatten der Stürme. Erkundungen auf der Krim. Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, 1. Aufl. 2022, 318 S. ISBN 978-3-351-03978-3**

Landolf Scherzer war immer mutig: In der DDR mit einer Biographie des 1. Kreissekretärs der SED, später mit dem Buch über den „Roten“, dem heutigen Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Bodo Ramelow und bei vielen Reisen in Krisengebiete.

Aber als er 2015 seine „Erkundungen auf der Krim“ anstrebte, da war er plötzlich ein „Illegaler“ in dem - zum wievielten mal? - veränderten Land. Die Krim war (im Gewaltstreich für die Gefahr, dass Sewastopol verloren geht) russisch besetzt; Putin-Bilder an jeder Stelle sollten es sichtbar machen. Landolf aber kam aus dem Lager des Westens.

Die Ukraine hatte sich gewehrt, sie kappte die Strom- und Wasserzufuhr.

Kein Kreuzfahrtschiff durfte mehr am Ufer der Krim anlegen. Die Sanktionen sollten die Russen treffen. Dürre und Arbeitslosigkeit der Jugend waren die Folge. Man muss ein erfahrener und überzeugter

Internationalist sein, um dargebotene Gastfreundschaft nicht zu enttäuschen.

Landolf ist ein guter Zuhörer und erfährt vieles und Grausames über das Leben und Sterben der Krimtartaren und vertriebenen Völker - darunter auch der Deutschen, die Katharina einst ins Land holte.

Ich war 1974 ein halbes Jahr in Baschkirien, in Ufa, einem Verbannungsort und lernte dort Tataren, Deutsche und andere Völkerstämme kennen, die dort hin vertrieben worden waren.

Das sind die, die am Leben geblieben waren. Tausende sind durch Stalins Befehle ermordet worden. Landolf erfuhr von „Planzahlen“ der Erschießungen.

Die Krim kannten Kinder aus der DDR nur als ein Paradies im Ferienlager Artek. 2009 hat die Ukraine das Lager geschlossen. Zuvor konnten reiche Ukrainer für 1.000 Euro dort noch Ferien verbringen. Jetzt gehört es einem reichen ukrainischen Oligarchen und

für 40.000 Rubel (etwa 500 Euro) kann man, so erfuhr Landolf es von einem Privatpatienten, eine Kur erhalten.

Vieles kann man noch aus dem Buch erfahren.

So die Geschichte vom Flugzeugabsturz des berühmten Künstlers Joseph Boys am 16.3.1944

Oder über die Konferenz der Siegermächte in Jalta, festgehalten in einem gewaltigen Monument. Ich kann das Buch nur zum Lesen empfehlen.

Ich schließe mit einem Gedicht, das die Ehefrau seines Freundes Boleslaw verfasst und das Landolf ins Deutsche übertragen hat:

Steine in den Bergen

Auf steinigen Wegen

Halten wir uns an den Händen.

Wenn ich über Steine stolpere,  
dann hältst du mich.

Wenn du über Steine stolperst,  
dann halte ich dich.

Stolpern, ohne zu fallen,  
haben wir gelernt.

Die Steine auf unserem Weg

Räumen wir gemeinsam

Zur Seite.

Ernst Luther

## Rezension mit Erinnerungen

**Raul Aguayo-Krauthausen mit Martin Kulik:**

**Wer Inklusion will, findet einen Weg. Wer sie nicht will, findet Ausreden.**

**2023 by Rowohlt Verlag GmbH Hamburg , 240 S. 17 Euro ISBN 978-3-499-01029-3**

Vor Jahrzehnten trafen wir uns in einem Hörsaal und natürlich habe ich sofort das Buch bestellt, als ich die Ankündigung las. So jung wie wir war auch Theresia, die mit Eleganz ihr Weinglas mit ihren Füßen bewegte. Nun lese ich von ihr als der erfahrenen Professorin. Das ganze Buch lässt Erinnerungen aufleben.

Meine Kontakte mit behinderten Menschen reichen Jahrzehnte zurück:

In Bernburg und Halle führte mich mein Interesse in die Psychiatrischen Kliniken. Später dann zu Klaus Dörner in Gütersloh. Da war Entinstitutionalisierung ein wichtiges Thema. Es folgten viele Gespräche in Bad Segeberg und schließlich meine Zeit 2000 bis 2002 als Sachverständiger im Deutschen Bundestag für Dr. Ilja Seifert, der seit dem 16. Lebensjahr auf den Rollstuhl angewiesen war, studiert, promoviert ein Beispiel für die Fähigkeit eines Menschen mit Behinderung gab.

Immer wieder prägte die Forderung: „Nicht ohne uns!“ Die Atmosphäre.

Nun liegt das Buch von Raul vor mir. Er hat sich da sehr bescheiden geäußert: Es sei „kein Ratgeber“ (S. 208). Für mich ist es viel mehr. Ich nenne es ein Handbuch für Menschen die es betrifft und die mitunter einiges auszustehen haben und für Menschen, die ihnen zur Seite stehen wollen (aber nicht im Weg).

Das Buch, das schon auf der Bestsellerliste vom Spiegel zu finden ist, wird seine Leser/innen erreichen und einen wesentlichen Beitrag zu der vom Autor geforderten „Kultur“, leisten, „die allen Menschen

gleichermaßen vermittelt: Ihr gehört dazu.“ (S. 207) Für mich - ehrlich gesagt - sind schon viele Themen im Buch zu schwer. Es ist zu lange her, dass ich die neuere - geschweige denn die amerikanische Literatur verfolgt habe; und mit 91 Jahren ist das Denken nicht mehr so beweglich. Aber ich habe das Buch mit großer Freude gelesen, weil ich sehe, welche breite Palette von „Kulturen“ sich entwickelt hat.

Wenn ich raten sollte, würde ich empfehlen zuerst das Kapitel über den Park zu lesen und dann von vorn beginnen. Was ich immer wieder selbsterfahren habe, ist: „Behinderte Menschen haben etwas zu geben, sie sind eine Bereicherung für die Gesellschaft.“ (S. 213)

Ernst Luther

### **25. April 2023 - Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Süd „Clara Zetkin“**

Zeit: 18:30 Uhr

Ort: Gesundheitszentrum Silberhöhe, Wilhelm-von-Klewiz-Straße 11, 06132 Halle

Wir wollen uns zur Daseinsvorsorge in unserer Stadt austauschen. Dazu werden uns Dr. Christine Radig und Ute Haupt einen aktuellen Stand vermitteln sowie Geplantes vorstellen.

## In Weiterführung des Berichts aus der letzten Ausgabe zur Konferenz „Sorgende Städte“:

### Rezension

**Wirtschaft neu ausrichten. Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz** Ute Meier-Gräwe/Ina Praetorius/Feline Tecklenburg (Hrsg.) Verlag Barbara Bucrich Opladen Berlin Toronto 2023, ISBN 978-3-8474-2592-2, 306 S.

Das Buch gliedert sich in drei große Abschnitte: der erste „Anfangen“ beschreibt Initiativen, die sich vor allem auf Mobilisierung konzentrieren, teilweise besitzen sie schon etablierte Netzwerke und feiern Jubiläen ihres Bestehens. Der zweite Teil „Fokussieren“ wendet sich praktischen Projekten zu, die schon politische Erfolge verbuchen konnten und somit Leuchtturmcharakter haben. Der dritte „Zukunft denken“ beschäftigt sich mit Initiativen, die erst am Anfang stehen oder unerwartete Perspektiven in die Debatten und Aktionen einbringen.

Weiterhin enthält das Buch einen Beitrag des „Bündnisses Sorgearbeit fair teilen“, der zwar nicht von AktivistInnen der Graswurzelbewegung stammt, aber nach Meinung der Herausgeberinnen gehört zum Brückenbauen auch „proaktive Staatlichkeit“.

Danicht alle in den drei Ländern vorhandenen Initiativen ausführlich mit eigenen Artikeln zu Wort kommen konnten finden sich über diese Bewegungen Info-Kästen im Text, so dass dort wie auch auf der eigens eingerichteten web-site [www.wirtschaft-neu-ausrichten.org](http://www.wirtschaft-neu-ausrichten.org) nachgelesen werden kann.

„Ich Sorge, also bin ich“ ist der zentrale Ausgangspunkt aller Bewegungen und Initiativen. Ausführlich wird im Buch auf das Verständnis und die Entwicklung

des Sorgebegriffs eingegangen, ebenso auf die sich daraus ergebende Notwendigkeit unsere Ökonomie, unser Wirtschaften entsprechend neu zu denken und zu verändern. LeserInnen können mit Hilfe eines Selbsttests (Equal-Care- und Mental-Load-Test - s. S. 84ff) eigene Erfahrungen sammeln, überprüfen und weitergeben. Ganz aktuell wird dazu auf die Erlebnisse und Erfahrungen während der Corona-Pandemie verwiesen.

Wichtig erscheint mir außerdem die Wertung zu linken Traditionen, dass diese „in den Müttern keine revolutionären Subjekte (gesehen hätten), sondern vielleicht etwas wie einen Nebenwiderspruch“ (S. 161). Insofern ist das Anliegen des Buches „Das Unmögliche möglich machen“ ein doppeltes: veraltetes tradiertes Denken auch unter linken AktivistInnen aufzubrechen und die Welt/die Wirtschaft zu verändern! Das Buch enthält dazu vielfältige Ideen und bereits bewährte Anregungen, wie die Kinderwagen-demo in der Schweiz, gemeinschaftliche Wohnprojekte, feministische Streikbewegungen etc. Insofern ist es ein Theorie- und Praxishandbuch zugleich, das zur Nachnutzung anregt - und Pflichtlektüre für alle wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge werden sollte!

### Bericht und Rezension zu:

**Albrecht Müller: Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst Wie man Manipulationen durchschaut. 8. Auflage 2019 ISBN: 978-3-86489-218-9, Westend-Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2019**

Aus dem Klappentext: Albrecht Müller, 1938 in Heidelberg geboren, ist Diplom-Volkswirt, Bestseller-Autor, Initiator und Herausgeber der NachDenkSeiten. Müller leitete Willy Brandts Wahlkampf 1972 und die Planungsabteilung unter den Kanzlern Brandt und Schmidt. Von 1987 bis 1994 war er für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages. Zu seinen veröffentlichten Büchern zählen „Die Reformlüge“, „Machtwahn“ und „Brandt aktuell“.

### Glaube wenig

Der in der TV-Zeitung „Hören und Sehen“ häufig

zitierte Militär-Experte Prof. Jäger lässt uns zu dieser Forderung folgendes wissen:

„Der 4. August 1964 markiert eine Zeitenwende. An diesem Tag entscheiden sich die Beschützer der moralischen Instanz - die USA - für eine Lüge (Tonkin-Zwischenfall) und greifen den Vietcong an. Mehr als zehn Jahre wütet der Vietnamkrieg, drei Millionen Menschen sterben. Doch selbst als Tausende amerikanische Soldaten fallen und es zu Kriegsverbrechen kommt, belügt die US-Regierung das eigene Volk mit manipulierten Zahlen über den Einsatz von US-Solda-



ten, erlittene Opfer oder Wirkungstreffer beim Gegner. Der Krieg geht verloren - genauso wie das Vertrauen der eigenen Bevölkerung.“

Jäger setzt dann fort: „Ähnlich wie die USA 1964 in Nordvietnam hat auch Wladimir Putin händeringend nach einem Kriegsgrund gesucht, um die Ukraine anzugreifen. Seitdem propagiert Putin, dass im Osten der Ukraine ein Völkermord an Russen verübt würde. Putin täuscht inzwischen sein eigenes Volk über die wahren Zahlen gefallener russischer Soldaten. Putin will sich seine eigene Wahrheit erschaffen. Doch die Geschichte zeigt: Derart große Lügen können Weltmächte in den Selbstmord treiben.“

### **Hinterfrage alles**

1989 gab es Hoffnungen über ein neues Verhältnis zwischen Ost und West. Das drückt sich sehr schön im Berliner Grundsatzprogramm der SPD aus, das am 20. Dezember 1989 beschlossen wurde.

Müller zitiert das Programm auf S. 90 seines Buches: „Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit. ... (Auslassung im Original, E.L.) Von deutschem Boden muss Frieden ausgehen. ... Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulö-

sen. ... Diese eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa.“

Es ist sicher berechtigt, zu fragen, wie hoch der Preis ist, dass diese Ziele für ungültig erklärt werden.

### **Denke selbst**

Ich habe 1944/45 wochenlang bei Fliegeralarm im Keller gelebt und als „Luftschutzhelfer“ die Flammen am Himmel gesehen, als Dessau in Schutt und Asche versank.

Alles Geschwätz, dass nur mehr Waffen einen Frieden sichern, halte ich für einen Betrug und wünsche niemandem - erst recht nicht meinen Kindern, Enkeln und Urenkeln - dass sie einen Krieg erleben müssen.

Es gibt in der Nähe von Bonn einen 13 km langen Atombunker. Seinerzeit im Wahn der Atombunker in Ost und West gebaut für die Regierenden. Ich empfehle den Kriegslüsternden, Waffenliebenden einen 4-wöchigen Aufenthalt in diesem Bunker. Vielleicht kühlt das ihren Verstand.

Damals machte das Wort die Runde: „Die Überlebenden werden die Toten beneiden“.

Ernst Luther

---

## **Rezension**

**Bernd Linnhoff Thailand unter der Haut. Nahaufnahmen aus einem fernen Land. Oliver Wurm Medienverlag Hamburg 2022 978-3-985-95528-2, 241 Seiten.**

2007 fasste der Autor den Entschluss, nach Thailand umzusiedeln, 2008 setzte er ihn um. Seitdem lebt er in Bangkok und Chiang Mai und schätzt ein: „Heimat ist für mich da, wo ich meinen Rechner aufklappen und schreiben kann, wo ich meine Musik höre und meine Bücher lese. Dass mir ein Mensch zur Seite steht, der mich liebt, ist Zugabe“ (S. 238). Die Faszination des Landes entsteht für jeden Menschen durch unterschiedliche Dinge, Bernd Linnhoff lässt uns seine nachempfinden. Gleichzeitig beschreibt er kulturelle Unterschiede zwischen Deutschland und Thailand und wie er mit ihnen umgeht.

„Die Thais neigen da zur Offenheit, wo wir Diskretion üben. Beim Gehalt zum Beispiel“ (S. 40). „Was wir Ausländer unhöflich nennen, fällt für Einheimische unter Smalltalk“ (S. 41).

Er geht auf bestehende (Vor)urteile zum Thema Prostitution in Thailand ein ebenso ein, wie auf das Geschlechterverhältnis und die Erwartungshaltung von Eltern an ihre Kinder, speziell an Mädchen. Er beschreibt im Land vorhandene Programme, mit diesen Problemen umzugehen, so den Kampf von Mechai,

Aktivist und Politiker gegen Aids, der zu einem 90-prozentigen Rückgang der Aids-Infektionen geführt hat (S. 68-69). Erläutert werden die Rolle von Geistern im täglichen Leben und die Methoden sie zu besänftigen, der mörderische Straßenverkehr (insbesondere für Fussgänger), Schönheitsideale mit den entsprechenden Produktangeboten (z.B. Ziel „weiss-Sein“), die Rolle von Spitznamen im täglichen Umgang miteinander, Vorstellungen über Sterben und Tod.

Bernd Linnhoff lässt uns an seiner Hochzeit im traditionellen Ritus ebenso teilhaben, wie an seinem Kampf mit der örtlichen Bürokratie.

Er urteilt jedoch nicht, sondern beschreibt, denn für ihn gilt der Satz vieler Asiaten: „Vergesst nicht: Es ist unser Land!“ (S. 169).

B. Linnhoff lässt für diejenigen, die so wie ich, in Thailand waren, Erinnerungen wieder aufleben und strahlen - und gibt denjenigen, die eine Reise planen, viele Hinweise auf den Weg, sich im Land und mit den Menschen besser zu recht zu finden, Fettnäpfchen zu vermeiden und entspannt eine andere Kultur zu genießen.

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagsitzung vom 22./23.03.2023

Zur 19. Sitzungsperiode des Landtages standen 24 Themen auf der Tagesordnung, zu denen am 22. und 23. März debattiert und abgestimmt wurde.

## #Haushalt

### Haushalt für 2023 verabschiedet

Nach monatelangen Beratungen und Diskussionen hat der Landtag den Landeshaushalt für das laufende Jahr 2023 beschlossen. Mit 13,8 Milliarden Euro Einnahmen und Ausgaben ist er der bisher größte Haushalt von Sachsen-Anhalt. Neue Schulden werden nicht aufgenommen, da die Steuereinnahmen höher sind als gedacht. Ein paar wichtige Projekte, auf die sich die Regierungskoalition aus CDU, SPD und FDP konnte, sind beispielsweise höhere Gehälter für Grundschullehrer\*innen, die Mitfinanzierung der Ausbildungsvergütung von Pflegehelfer\*innen sowie des 49-Euro-Tickets. Darin gehen zumindest teilweise Forderungen der Linksfraktion auf.

Dies gilt auch für die Investitionspauschale für Städte und Gemeinden, die um 50 Millionen Euro erhöht wird. Zur Verbesserung der Kreisstraßen sind weitere 30 Millionen Euro geplant. Viel Kritik brachte namens der Linksfraktion der finanzpolitische Sprecher Andreas Henke zum Ausdruck: „Ein guter Haushalt sollte vorsorgen, entlasten, nachhaltig investieren und für soziale Gerechtigkeit sorgen.“ Und weiter: „Ein guter Landeshaushalt ist Ausdruck verlässlicher Politik, die sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert und nicht ausschließlich an der Kassenlage.“ Es gebe derzeit keine normalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen (Corona-Nachwirkungen, Krieg in der Ukraine, Inflation), dies hätte der Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht ausreichend berücksichtigt.

Wenn beispielsweise fast 50 Prozent der Rentner\*innen in Sachsen-Anhalt eine Rente unterhalb der Armutsgrenze erhielten, müsse man hier unbedingt nachsteuern, forderte Henke. Eine Beteiligung am DDR-Härtefallfonds wäre zwingend geboten, wurde jedoch von der Regierungskoalition abge-

lehnt. Er kritisierte weiter, jetzt nicht zu investieren, bedeute die Veränderungen in der neuen digitalen Arbeitswelt 4.0 den nachfolgenden Generationen zu überlassen.

Anlass für Kritik war auch der parlamentarische Umgang in den Ausschüssen. Andreas Henke sagte: „Meine Erfahrung war: Über Anträge der Oppositionsfraktionen wurde in der Regel ohne Debatte abgestimmt und im Weiteren wurden sie abgelehnt, was nicht gerade für eine ausgeprägte demokratische Debattenkultur spricht.“

Wenn zur Bereinigungssitzung von den Koalitionsfraktionen 137 Änderungsanträge auf über 300 Seiten mit einem Volumen von mehreren Hundert Euro in einem zudem noch sehr knappen Zeitfenster vorgelegt werden, dann ist das noch viel weniger ein gutes Zeichen für parlamentarische Demokratie, dann ist das kein Zeichen für die Wertschätzung der Mitwirkung der Opposition und erst recht keine Wertschätzung für die Arbeit der Fachausschüsse.“

## #aktuell debattiert

**In vier aktuellen Debatten, die von verschiedenen Fraktionen beantragt wurden, diskutierte der Landtag aktuelle Probleme und historische Verantwortung.**

### Ungenügende Arbeitsweise der Sozialagentur

Träger der Eingliederungshilfe schlagen wegen hunderter offener Schiedsverfahren Alarm. Die zuständige Sozialagentur ist offensichtlich nicht in der Lage, die Vereinbarungen abzuschließen. Dadurch bleiben die Träger auf steigenden Kosten sitzen. Diese Situation gefährdet die Versorgung und Teilhabe der Menschen mit Behinderung. Deshalb hat die Linksfraktion eine Aktuelle Debatte zu diesen Missständen beantragt, in der Nicole Anger, Sprecherin für Politik für Menschen mit Behinderung der Fraktion DIE LINKE,

kritisierte, dass zwar mit der Einführung des Bundes-  
teilhabegesetzes Leistungen aus einer Hand kommen  
und zudem die Unterstützungsleistungen individuell  
auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten  
werden sollten, aber in Sachsen-Anhalt dies schlicht  
und ergreifend am Agieren der Sozialagentur scheitere,  
die den Sozialämtern vor Ort scheinbar jegliche  
Kompetenz abspricht. „Die durch die Sozialämter  
festgelegten Bedarfe der Menschen mit Behinderung  
werden durch die Sozialagentur schnell mal nach  
unten korrigiert. Zum Nachteil der Betroffenen. Ein  
Skandal!

Das Resultat: Seit 2017 sind im Bereich der Ein-  
gliederungshilfe über 700 Verfahren in der Schieds-  
stelle offen und stetig kommen neue hinzu. Hinzu  
kommen zahlreiche Widersprüche und Rechtsverfahren.  
Es geht hier um viele Einzelschicksale, um Men-  
schen, die schnell Hilfe benötigen, um ihren Alltag  
selbstbestimmt meistern zu können. All das scheint  
der Sozialagentur egal zu sein - hier wird augenschein-  
lich allein nach monetären Interessen entschieden.  
Sowohl Betroffene als auch die Einrichtungen der  
Eingliederungshilfe schlagen Alarm - und das zurecht!  
Die Arbeitsverweigerung der Sozialagentur ist nicht  
mehr länger hinnehmbar. Menschen mit Behinderung  
wird die Teilhabe verweigert. Die Einrichtungen be-  
kommen ihre Leistungen nicht refinanziert. Die stei-  
genden Energiekosten, die steigenden Kosten für  
Lebensmittel, für externe Dienstleistungen sind nur  
wenige Beispiele. Das betrifft die Wohneinrichtungen,  
die Assistenz im eigenen Wohnraum, die Werkstätten  
für Menschen mit Behinderung, die verschiedenen  
Tagesstrukturen.

Die Sozialagentur verhindert die gesellschaftliche Teil-  
habe von Menschen mit Behinderung ebenso wie ein  
selbstbestimmtes Leben. Sie drängt die Betroffenen  
durch ihr Agieren weiter an den Rand der Gesell-  
schaft. Das System versagen durch die Sozialagentur  
muss umgehend beendet werden. Die zuständigen  
Ministerien müssen ihrer Dienst- und Fachaufsicht  
nachkommen. Wir brauchen einen grundlegenden  
Systemwechsel, wie ihn auch der Bundesgesetzgeber  
vorgesehen hat. Der Umgang mit Leistungsträgern  
und Leistungsempfänger\*innen muss endlich auf Au-  
genhöhe stattfinden. Dazu gehört auch, Menschen mit  
Hilfebedarf jede Hilfe zukommen zu lassen, um ihnen  
maximale Teilhabe zu ermöglichen. Und mit den  
Leistungsempfänger\*innen fair die entstehenden Ko-

sten zu verhandeln.“

### **90 Jahre Ermächtigungsgesetz**

Am 23. März jährte sich die Verabschiedung des  
Ermächtigungsgesetzes im März 1933 zum 90. Mal.  
Aus diesem Anlass wollte die SPD-Fraktion mit einer  
aktuellen Debatte die Geschehnisse in der gegenwärtigen  
Situation beleuchten. Mit der Machtübernahme  
der Nationalsozialisten im Januar 1933 endete die  
parlamentarische Demokratie binnen weniger Wo-  
chen. Bereits mit der Reichstagsbrand-Verordnung  
im Februar verloren Gegnerinnen und Gegner des  
Regimes jeden rechtlichen Schutz. Kommunist\*innen  
und Sozialdemokrat\*innen wurden mit der sogenann-  
ten Schutzhaft willkürlich, ohne richterliche Anord-  
nung oder Überprüfung verhaftet und gefoltert. Die  
AfD deutete mit ihrem Wechselspiel aus Provokation  
und kalkuliertem Tabubruch die Demokratie- und  
Diktaturgeschichte komplett um.

Für die Fraktion DIE LINKE sprach die Fraktions-  
vorsitzende Eva von Angern in der Debatte und stellte  
klar: „Das Ermächtigungsgesetz vom 23. März, also  
der Beschluss in der Reichstagssitzung vor genau 90  
Jahren, sicherte den Nazis dann den absoluten Durch-  
griff. Es hebelte die Gewaltenteilung, die Verwaltung  
der Länder und die Oppositionsrechte aus. Nicht  
einmal acht Wochen nach Machtantritt wurde aus der  
Weimarer Demokratie das Ein-Parteienregime der  
NSDAP. Die neuen Machthaber waren entschlossen,  
gewalttätig und skrupellos. Bereits am 1. April folgte  
der erste landesweite Boykott von Geschäften jüdi-  
scher Inhaber. Mit Verkündigung vom 7. April verlo-  
ren die jüdischen Beamten\*innen ihre Stellen im öffent-  
lichen Dienst. Bereits vorher waren viele demokra-  
tisch gesinnte Beamte aus Verwaltung und Polizei  
entlassen worden. Ab Juli 1933 begann die zwangs-  
weise Sterilisation und Ermordung von Menschen mit  
Behinderungen. Lange vor Auschwitz also griff das  
Deutsche Reich mit enormer Konsequenz in das  
Leben von hunderttausenden Verzweifelten ein.

Heute sind wir uns alle einig, zumindest der übergroße  
Teil hier, wie verbrecherisch die Zeit des Nationalso-  
zialismus war. 90 Jahre nach Auschwitz, nach den  
Verbrechen in Bernburg, in der Lichtenburg und in  
Isenschnibbe, gibt es kaum jemanden, der keine  
Abscheu zeigt. Schwerer ist die Frage, wie dies alles  
möglich war und damit, wie es künftig zu verhindern  
sei. Allerdings, die Suche nach Antworten verlief gar

nicht so entschlossen, wie Nachgeborene heute meinen könnten. Beide deutsche Teil- Gesellschaften mussten nach 1945 einen Aufbruch gestalten, der durch Menschheitsverbrechen belastet war. Beide deutsche Staaten haben dies, trotz großer Unterschiede, auch dadurch gelöst, diese schuldbeladene Vergangenheit einzufrieren, abzuwehren oder nur stückweise zuzulassen.

Die sichere Grundlage, auf der heute die bundesdeutschen Gerichte ehemalige Helfer der Vernichtungs- und Konzentrationslager verurteilen, gibt es noch gar nicht so lange. Erst nachdem 99 Prozent der direkt Beteiligten nicht mehr lebten, hat die Justiz die Kraft gefunden, die letzten der 99-jährigen Täterinnen zu verurteilen. Fritz Bauer vertraute den deutschen Behörden nicht und verabredete die Strafverfolgung von Adolf Eichmann vorsichtshalber nur mit der israelischen Regierung.

Die Deutlichkeit, mit der wir in heutigen Gedenkreden die Enteignung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung geißeln, hätten sich die wenigen Zurückgekehrten gewünscht, die lange versuchten, ihr im NS geraubtes Hab und Gut zurückzubekommen. Als ab 1995 die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung durch Deutschland tourte, kam es zu unseligen Protesten. Sowohl Journalist\*innen, Abgeordnete der CSU und CDU als auch Neonazigruppen mobilisierten in zahlreichen Städten gegen die Ausstellung und versuchten, das Bild der „sauberen Wehrmacht“ aufrechtzuerhalten. Doch das Publikumsinteresse war enorm, und der längst belegte Forschungsstand zur Beteiligung am Holocaust drang ins allgemeine Bewusstsein vor. Kriegs- und Wehrmachtsverherrlichung waren bis dahin anschlussfähig. Ebenso ziehen sich, nicht nur rechte Gewalt, sondern auch Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und Organisationen durch die Geschichte der Bundesrepublik.

Bereits in den 60er Jahren gelang der NPD der Einzug in sieben westdeutsche Landesparlamente. 1998 erreichte die DVU in Sachsen-Anhalt aus dem Stand ein Wahlergebnis von knapp 13 Prozent. Deren Abgeordneten gaben schon damals einen Vorgeschmack auf das Niveau, was auch heute in diesem Landesparlament zu finden ist. Warum dieser Exkurs? Nun, wir

sehen, dass selbst das Unabweisbare zu lange strittig blieb. Millionen Tote sind nicht zu leugnen, aber, wer sie umgebracht hat, das bleibt umstritten. Je genauer man in die Archive schaut, umso mehr ahnt man, dass unser Vertrauen auf zivilisatorischen Fortschritt mehr Hoffnung als letzte Gewissheit ist. 2022, also 100 Jahre nach dem Marsch auf Rom übernimmt in Italien eine Ministerpräsidentin die Macht, die sich positiv auf den Diktator Mussolini bezieht. Die jetzige polnische Regierung verbietet Frauen den Schwangerschaftsabbruch, auch im Fall der Gefährdung des eigenen Lebens durch eine Schwangerschaft. Das neu gewählte rechte Regierungsbündnis in Israel will das Justizsystem schleifen. Donald Trump hatte 2021 versucht, seine Wahlniederlage durch Gewalt und rechtliche Tricks abzuwenden.

Demokratische Wahlen bringen zunehmend Parteien an die Macht, die die Gewaltenteilung abschaffen, die Opposition behindern, Minderheitenrechte abschaffen, das Wahlrecht instrumentell ändern wollen. Und auch in unserem Land gibt es immer wieder Angriffe auf Presse-, Kunstfreiheit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, deren Rechte wir mit aller Kraft verteidigen müssen. Von Beginn an benannten die Nazis aber auch im eigenen Jargon diejenigen, die im Gegensatz zur Volksgemeinschaft stünden und die stattdessen bluten müssten und die aufgeknüpft gehörten: „Juden, Sozis und Bolschewisten“. Keine Gemeinschaft ohne Feindbestimmung. Die NSDAP versteckte zu keinem Zeitpunkt ihre verbrecherischen Ziele.

Die deutsche Gesellschaft begrüßte mehrheitlich die Hybris vom Herrenmenschen, das Führerprinzip, die Raubzüge im Inland und in den Kriegsgebieten. Die gewaltsame Aussonderung von Minderheiten bot neue Gelegenheiten des Aufstieges. Auch das klingt aktuell nicht unbekannt. Aus zerstörten Lebenswegen der einen, wurden die Karrieren der anderen. Die in der Regel auch das Kriegsende überdauerten. Woran sich also politisch orientieren?

Für mich als LINKE bleibt ein zentraler Maßstab, den es hochzuhalten und zu verteidigen gilt: Alle Menschen sind gleich und frei geboren! Das ist das Ideal seit der Aufklärung, bekräftigt nach zwei Weltkriegen, das ist das Versprechen der Demokratie. Dieses Versprechen ist stark. Demokratische Politik muss sich fra-

gen, wie sie dieses Ideal in Praxis übersetzt. Und die Wähler\*innen der Rechten müssen sich fragen, ob sie eine Gesellschaft wollen, die sich nicht an diesem Ideal orientiert. Nach zwei Weltkriegen, und während eines Krieges in Europa und mitten im globalen gesellschaftlichen Wandel.“

## #Sicherheit

### Sicherheit für die Allgemeinheit erhöhen - Waffenrecht nutzen und schärfen

Der Femizid von Bad Lauchstädt muss den Landtag zur Frage führen, wie er sich hätte verhindern lassen und wie das Waffenrecht künftig gestaltet sein soll. Nach Informationen zu Vorereignissen, vorausgegangenen Bedrohungen des Opfers durch den Täter und Hilfeersuchen durch die am 8. März ermordete Frau, steht auch die Frage nach Versäumnissen in der polizeilichen und waffenbehördlichen Arbeit im Umgang mit dem Täter.

Das Waffenrecht bietet bereits in seiner jetzigen Fassung Möglichkeiten, Menschen, die durch Bedrohung, durch Angriffe oder durch sonstige Tatsachen eine Gefahr für die Sicherheit anderer oder die Allgemeinheit darstellen, zu entwaffnen, indem ein Verbot des Besitzes von Waffen erteilt wird. Die Fraktion DIE LINKE fordert mit ihrem Antrag (Drs. 8/2364), dass die Polizeibehörden und Waffenbehörden im Land diese Form des Waffenverbots verbindlich anwenden. Die Sicherheit der Allgemeinheit muss höher gewichtet werden als bisher und als das grundsätzliche Recht, Waffen zu besitzen. Das heißt, die Zahl der Waffen im privaten Besitz und ihre Verfügbarkeit zu begrenzen. Außerdem ist zu überprüfen, welche Waffen künftig legal privat erwerbbar sein sollen und welche nicht. Die Fraktion DIE LINKE fordert, halbautomatische Waffen künftig dem privaten Besitz zu entziehen und eine kritische Überprüfung einzuleiten. Diese Debatte wird auch in Sachsen-Anhalt geführt.

Die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade betonte in ihrer Einbringung: „Am 8. März ereignete sich in Bad Lauchstädt ein Femizid. [...] Diese Tat, so erschütternd sie ist, ist leider kein Einzelfall. Statistisch ereignet sich jeden dritten Tag ein Femizid in Deutschland. Dennoch ist das Thema nicht genug präsent. Ein Grund dafür dürfte sein, dass es entgegen den Forde-

rungen der Fachverbände, Beratungsstellen und Interventionsstellen noch immer keinen eigenen Straftatbestand für Femizide gibt, also für Morde an Frauen, weil sie Frauen sind und die Täter eine bestimmte Vorstellung von Weiblichkeit haben.“

Bei der Berichterstattung sei noch immer dann vielfach die Rede von Beziehungstat, Familientragödie, Eifersuchts- oder Trennungsdrama, im Fall von nicht-deutschen Tätern oft auch von Ehrenmord. „Wer sich mit Femiziden beschäftigt, mit Opfern und mit Tätern, der weiß, dass die Täter weder Vorname noch Glaube, weder Hautfarbe noch Bildungsstand, weder Altersgruppe noch Milieu eint. Was sie eint, ist, sie sind Männer und sie haben ein Bild von Weiblichkeit, davon, wie eine Frau zu sein hat, wie sie sich zu benehmen hat, und sie sehen sich in der Rolle, Abweichungen davon zu bestrafen“, so Quade weiter.

Zu den Gründen, warum die Hilfe in diesem Fall nicht das Leben des Opfers retten konnte, sagte Henriette Quade: „Im Fall Bad Lauchstädt scheiterte schnelle und wirksame Hilfe für die Frau nicht an diesen Faktoren. Kerstin S. hat getan, was sie tun konnte. Sie hat alle Schritte unternommen, die ihr zur Verfügung standen. Trotz der strukturellen Defizite hat das Hilfsnetzwerk gegriffen. Hilfe scheiterte auch nicht daran, dass die zwei Mitarbeiterinnen der Interventionsstelle, die für den Saalekreis, für Mansfeld-Südharz, für den Burgenlandkreis und für Halle zuständig sind, schlichtweg woanders gebraucht wurden und in einem der 80 bis 100 Fälle, die sie monatlich zu bearbeiten haben, unterwegs waren. Die Hilfe scheiterte in diesem Fall auch nicht an ansonsten in unseren Augen zweifellos bestehenden Gesetzeslücken. Wirksame Hilfe scheiterte am eklatanten Versagen von Polizei- und Waffenbehörde.“ Daraus leitet die Linksfraktion ihre im Antrag formulierten Forderungen ab.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen.

## #Mobilität

### Soziale Alternativen zum 49-Euro-Ticket im Land gefordert

Sozialverbände und die Fraktion DIE LINKE weisen darauf hin, dass 49 Euro für das „Deutschland-Ticket“ für viele Menschen zu teuer sind. Die von

Infrastrukturministerin Dr. Lydia Hüskens im Vorjahr ins Spiel gebrachten 29-Euro-Tickets für junge Leute bis 25 Jahre bzw. das 365-Tage-Ticket, das vom Landtag als Modellprojekt beschlossen war, weisen da in die richtige Richtung. Aus diesem sollte der Landtagsbeschluss für Modellprojekte zum „365-Tage-Ticket“ auch tatsächlich jetzt umgesetzt werden.

Doch es gibt weitere Hindernisse für die Umsetzung des 49-Euro-Tickets. Um dieses auch flächendeckend nutzbar zu machen, muss die Landesregierung bei der Ampel-Koalition in Berlin darauf drängen, die handwerklichen Fehler zu bereinigen, damit es keine „Ticket-Boykotte“ in einzelnen Regionen gibt, wie kürzlich in den Medien öffentlich wurde. Außerdem hat der Stadtrat Magdeburg zum August 2023 ein 9-Euro-Ticket für alle Schüler\*innen beschlossen, die bisher noch nicht zeitweise kostenfrei fahren konnten, wodurch etwa 22.000 Schüler der Stadt gleichzeitig den ÖPNV auch an Wochenenden, Ferientagen und Abendstunden nutzen können. Dieser Vorstoß der Stadt Magdeburg soll nach dem Willen der Linksfraktion unterstützt und auf das gesamte Land ausgeweitet. Dazu soll die Landesregierung entsprechend das ÖPNV-Gesetz und das FAG anpassen.

Die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich, die den Antrag der Fraktion (Drs. 8/2363) einbrachte, kritisierte, dass das 49-Euro-Ticket auf keinen Fall sozial sei. Zum Vergleich: Der im Bürgergeld veranschlagte Regelsatz für Mobilität beträgt 45,02 Euro pro Monat. Wer auf Bürgergeld angewiesen ist, kann sich das Ticket nicht leisten. „Ebenso unsäglich sind Verlautbarungen, dass zum Erwerb des Deutschland-Tickets eine Schufa-Auskunft Voraussetzung für die Bestellung sein soll. Das ist doch absurd, weil es gerade wieder Menschen mit geringem Einkommen trifft, die möglicherweise irgendwelche alten Einträge haben. Hier erwarten wir umgehende Aufklärung und Abhilfe, damit das Projekt nicht schon vorab zur Stolperfalle wird“, sagte Eisenreich. Und mit Blick auf den mangelnden Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur im ländlichen Raum ergänzte sie: „Und im ländlichen Raum stellt sich einmal mehr die Frage: Wo bleibt eigentlich mein Bus? Für ein flächendeckende attraktives Mobilitätsangebot muss der ÖPNV aus-

gebaut werden. Da ist das Land neben den Regionalisierungsmitteln vom Bund in der Pflicht. Immerhin sind die Regionalisierungsmittel erhöht worden. Trotzdem müssen wir auch als Land in die Hand nehmen! Finanzierungsreserven sind vorhanden. Also nutzen wir sie. Dazu haben wir in den kürzlichen Haushaltsverhandlungen konkrete Vorschläge unterbreitet, die immer noch aktuell sind. Der Landtag hat in seinem Entschließungsantrag zum flächendeckenden Ausbau der Infrastruktur für Busse und Bahnen in der Drucksache 8/1895 sich klar dazu bekannt. Nun ist es an der Landesregierung, diesen auch mit Leben zu erfüllen.“

Der Antrag wurde abgelehnt.

## **#Gesundheit**

### **Kinderärztliche Versorgung im Land sicherstellen**

Die Not bei der flächendeckenden Versorgung selbst von zum Teil schwer erkrankten Kindern in Sachsen-Anhalt ist ein Skandal. Jetzt zeigen sich die Auswirkungen jahrelanger Versäumnisse bei der Absicherung von Standorten und das Aussitzen struktureller Probleme. Auch in der Kindermedizin wird das Entgeltssystem der Fallpauschalen angewandt, womit ein wirtschaftliches Arbeiten dieser Abteilungen kaum möglich und für Krankenhäuser defizitär ist.

Somit findet die Versorgung der Kinder und Jugendlichen an immer weniger Standorten im Land statt. Unterstützungsprogramme für die Aus- und Weiterbildung, die ein angemessenes Arbeiten des medizinischen Personals ermöglichen und die Abwanderung in attraktivere Arbeitsfelder verhindern, müssen jetzt aufgelegt werden. Perspektivisch muss das Abwandern und die Verrentung vieler Ärzt\*innen aus der Kinder- und Jugendmedizin in den kommenden Jahren durch einen Fahrplan abgefedert werden.

Mit diesen Forderungen ist die Fraktion Die LINKE mit einem Antrag an den Landtag aktiv geworden (Drs. 8/2365).

Außerdem hat der Verband Leitender Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen eine alarmierende Stellungnahme zur aktuellen Situation herausgegeben, dessen Forderungen aus Sicht der Linksfraktion vom Gesundheitsministerium umgesetzt werden müssen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger betonte bei der Einbringung: „Vor einigen Monaten wies ich bereits darauf hin, dass Gardelegen bald überall sein wird, und glauben Sie mir, in manchen Punkten habe ich nicht wirklich gern recht.

In Gardelegen gibt es seit mehr als einem Jahr keine Kindermedizin mehr. Diese wurde vorübergehend vom Netz genommen, und bis heute hat sich daran nichts geändert. Vorübergehend ist also ein Dauerzustand.

Eltern fahren in Gardelegen 45 Minuten - Minimum - bis zur nächsten Kindermedizin. Genau diese Situation, meine Damen und Herren, wird in Kürze wohl auch in Zeitz eintreten. Bis Naumburg sind es mindestens 45 Minuten Fahrtzeit. Kinderklinik und Geburtsstation droht dort das Aus. So kann man sich auch von der Kinderfreundlichkeit und dem Familienzugang im ländlichen Raum verabschieden und selbige von der medizinischen Grundversorgung abhängen.“ Die Schließung der Kinder-IST am Universitätsklinikum Magdeburg bezeichnete sie als Skandal. Als Ursachen benannte sie neben der mangelhaften Finanzierung auch die jahrelang vernachlässigte Fachkräftesicherung durch die Landesregierung, die eben nicht dafür sorgt, dass Fachkräfte im Land gehalten, geschweige denn mit guten Bedingungen gewonnen werden.

„Für meine Fraktion ist klar: Es braucht neben einer kurzfristigen Lösung auch ein langfristiges Konzept zur Sicherung der Pädiatrie und der Kinder-ITS im Speziellen. Es gilt, eine bedarfsgerechte Versorgung zu ermöglichen. Kinder- und Jugendmedizin ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Kinder- und Jugendmedizin ist ein wesentlicher Standortfaktor. Dazu muss man auch über Kooperationen nachdenken.“ Und sie schloss: „Mit wem könnte man ein Konzept zur Fachkräftegewinnung besser entwickeln als mit den Expertinnen selbst, den Kindermediziner\*innen und den Kinderintensivmediziner\*innen?

Holen Sie sich diese Expertinnen unbedingt mit ins Boot; denn diese wissen am besten, was eine gute medizinische Versorgung für unsere Jüngsten bedeutet und wie diese auszusehen hat.“

Der Antrag wurde abgelehnt.

**+ + kurz berichtet + +**

### **Stiller Protest zum Femizid von Bad Lauchstädt**

Vor Beginn der Landtagssitzung am 22. März fand vor dem Landtag eine Protest- und Mahnwache gegen Gewalt an Frauen statt. Anlass war der Femizid am 8. März 2023 in Bad Lauchstädt. Politiker\*innen, Berater\*innen und Unterstützer\*innen des Beratungs- und Hilfesystems für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt gedachten schweigend der Ermordeten und forderten Gewalt gegen Frauen zu stoppen, im gesamten Land mehr für Gewaltprävention zu tun und die Opfer besser zu schützen.

### **Weiterer Versuch zur Wahl eines Vizepräsidenten der AfD fehlgeschlagen**

Die Fraktion der AfD unternahm erneut einen Anlauf, einen ihrer Abgeordneten zum Vizepräsidenten des Landtages wählen zu lassen. Die Margret Wendt erhielt nicht die erforderlichen Stimmen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 31. März 2023

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im März 2023 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

## **28. April 2023 - AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung**

Zeit: 18 Uhr

Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“, Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

Diesmal mit Dirk Neumann, Vorstandssprecher Hallesche Wohnungsgenossenschaft FREIHEIT eG, zum Thema „Wohnungsgenossenschaften als regional verortete basisdemokratisch organisierte innovative Unternehmen“.

**DIE LINKE.**  
*Das Kindheit & Jugend*

## EINLADUNG

### Gründungsveranstaltung BAG Kindheit und Jugend

Liebe Genoss:innen,

als LINKE sagen wir Nein zu Kinderarmut und möchten für gute Bedingungen für Familien sowie für Kinder- und Jugendliche streiten. Dafür braucht es eine gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge und einen geeigneten rechtlichen Rahmen! Als sozialistische Partei verfolgen wir ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.

Als BAG Kindheit und Jugend wollen wir Expert:innen innerhalb und außerhalb der Partei zusammenbringen und den Kontakt zu externen Bündnispartner:innen suchen. Wir wollen nicht nur als Forum dienen, sondern als Think Tank die kinder- und jugendpolitischen Positionen unserer Partei entwickeln und ausbauen.

Die Vorbereitungen für **das Gründungswochenende** laufen auf Hochtouren! Am 6. und 7. Mai 2023 treffen sich kinder- und jugendpolitisch interessierte Genoss:innen und Sympathisant:innen in Kassel, um die BAG Kindheit und Jugend in der Partei DIE LINKE zu gründen. Und DU kamst dabei sein!

### Was? Wie? Wo?

#### Gründungsveranstaltung im Stadtteilzentrum Wesertor am 6. und 7. Mai 2023

Wir tagen im Stadtteilzentrum Wesertor [www.stadtteilzentrum-wesertor.de](http://www.stadtteilzentrum-wesertor.de). Am Samstag werden wir mit einem Statement von Norbert Müller „Kindheit und Jugend im Spiegel steigender Armut und leerer öffentlicher Kassen“ starten. Im Anschluss daran werden wir mit verschiedenen Expert:innen u.a. Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring), Prof. Dr. Nikolaus Meyer (Hochschule Fulda), Kerstin Kubisch-Piesk (BAG ASD), Vera Reinbold (verdi) sowie MdB Heidi Reichinnek zum Thema diskutieren. Abends lädt die Landtagsfraktion Hessen zu einem Kinder- und Jugendpolitischem Empfang mit Diskussionen, Kulturprogramm und Buffet ein. Und am Sonntag folgt der dann ganz formale Prozess: Satzungsdebatte, Gründungsmoment, Sprecher:innenwahl. Den genauen Ablauf mit den entsprechenden Zeitfenstern werden wir zeitnah auf unserer Homepage veröffentlichen.

#### Übernachtungsmöglichkeiten

Wir haben für euch im Hotel NOVOSTAR (7 Minuten Fußweg zum Stadtteilzentrum Wesertor) Zimmer reservieren können.

Anreise: 05.05.2023

Abreise: 07.05.2023

Zimmerkategorie: 6 Einzelzimmer Nichtraucher

Arrangement: Übernachtung inkl. Frühstück

Zimmerpreis: EUR 60,00 pro Nacht / Zimmer

und

Zimmerkategorie: 19 Doppelzimmer Nichtraucher

Arrangement: Übernachtung inkl. Frühstück

Zimmerpreis: EUR 75,00 pro Nacht / Zimmer bei Belegung mit 2 Personen oder EUR 67,00 pro

Nacht/Zimmer bei Belegung mit 1 Person

Novostar Hotel Kassel GmbH

Holländische Straße 27-29, 34127 Kassel

Telefon: 0561 / 80 76 9-0, Email: [kassel@novostar.de](mailto:kassel@novostar.de), Web: [www.novostar.de](http://www.novostar.de)

Dieses Angebot ist bis zum 15.4.2023 gültig. Bitte gebt bei der Buchung Stichwort „Die Linke“ an. Alternativ bieten die Genoss:innen aus Kassel eine Schlafplatzbörse an.

#### Kinderbetreuung

Na klar wird es auch vor Ort eine Kinderbetreuung während unserer Veranstaltung geben. Wer diese nutzen möchte, meldet dies bitte unter Angabe des Alters des Kindes und weiteren relevanten Informationen mit an.

#### Du willst in Kassel unbedingt dabei sein?!

Anmeldungen für das Wochenende erfolgen an die Email: [bag.kindheit-jugend@die-linke.de](mailto:bag.kindheit-jugend@die-linke.de)

Bitte gib bei deiner Anmeldung zusätzlich an, ob du

- ✓ einen Schlafplatz benötigst (Hotel ist eigenständig zu buchen)
- ✓ eine Kinderbetreuung wünschst (Alter des Kindes und wann)

Wir freuen uns auf ein spannendes Wochenende mit Vorträgen, Diskussionen und gegenseitigem Austausch in Kassel.

#### Das Wichtigste! Du willst Mitglied in der BAG Kindheit und Jugend werden?

Erste Informationen findest du hier: <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschlusse/bag-kindheit-und-jugend/>

Das Formular zur Beantragung der Mitgliedschaft findest du unter: [https://www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Mitmachen\\_BAG-Kindheit\\_Jugend.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Mitmachen_BAG-Kindheit_Jugend.pdf)

Einfach ausfüllen und an die angegebene Adresse per Email oder Post senden! Schön, dass du dabei bist!

Mit solidarischen Grüßen

Dein Gründungsteam